

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses und des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 15.02.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 - Wohnraumbedarfsanalyse Meerbusch und vorausschauende Baulandentwicklung Vorlage: FB4/0742/2018	4
1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0196/2018	6
1.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0197/2018	7
2 Spielplatzkonzept 2030 Vorlage: SB11/0741/2018	8
3 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

Vorsitzender Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Frau Norma Köser-Voitz ab TOP 2, 18:40 Uhr
abwesend ab TOP 2, 18:40 Uhr

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

Herr Thomas Wolfgramm Sachkundiger Bürger

Vertretung für Frau Nicole Niederdellmann-Siemes

von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin

Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Jürgen Peters

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

von der Fraktion Die Linke und Piraten - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Marcel Müller

Beratende Mitglieder Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

von der CDU-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Nicole Nieder- dellmann-Siemes

von der FDP-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Klaus Rettig
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Frau Rita Henning	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen
-------------------	--------------	--

von der Fraktion Die Linke und Piratenpartei - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Michael Betsch	Bereichsleiter Servicebereich 11
Frau Petra Fischer	Fachbereich 4

Schriftführerin

Frau Lisanne Wilms	Fachbereich 4
--------------------	---------------

es fehlen:

von der Fraktion Die Linke und Piraten - Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Herr Marcel Müller	Sachkundiger Bürger
--------------------	---------------------

von der SPD-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
-----------------------------------	--------------

Öffentliche Sitzung

- 1 Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 - Wohnraumbedarfsanalyse Meerbusch und vorausschauende Baulandentwicklung**
Vorlage: FB4/0742/2018

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfehlen dem Rat der Stadt die Verwaltung zu beauftragen, die Beschlüsse zur Entwicklung folgender Siedlungsflächen vorzubereiten:

Nr.	Bezeichnung	Anzahl Wohneinheiten	Anteil Typ "Einfamilienhaus"	Startjahr der Aufsiedlung
4	Ivangsheide	450	60%	2023
5	Kamper Hof	160	60%	2027
7	Auf dem Kamp	60	100%	2020
16	Barbara-Gerretz-Schule	120	10%	2021
19	Schneiderspfad	60	80%	2023
26	Theodor-Hellmich-Straße	22	0%	2023
30	Böhler-Siedlung	60	0%	2022
33	Gelleper Straße	15	80%	2021
34	Latum Ost	50	80%	2025
35	Gonellastraße	30	100%	2022
36	Alter Teich	12	100%	2019
38	Nierst - Am Oberen Feld	40	80%	2024
Wohneinheiten insgesamt:		1.079		

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgenannten Baulandentwicklung insbesondere die Kindertagesstättenbedarfsplanung und die Schulentwicklungsplanung fortzuschreiben. Bei der im Vergabeverfahren befindlichen Sportstättenbedarfsplanung ist die Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.

Vertagungsantrag des Ratscherrn Peters

Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Vertagung Beschluss und Anträge

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17	0	0

Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften:
Vertagung Beschluss und Anträge

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt	14	0	0

Der Tagesordnungspunkt 1 wird mit den Anträgen der Fraktionen SPD (TOP 1.1) und UWG (TOP 1.2) betreffend der Wohnbaulandentwicklung Meerbusch gemeinsam beraten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt in das Thema ein und bittet den Technischen Beigeordneten, Herrn Assenmacher, das Konzept „Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 – Wohnraumbedarfsanalyse und vorausschauende Baulandentwicklung“ vorzustellen.

Der Technische Beigeordnete stellt die wichtigsten Kernpunkte der Wohnraumbedarfsanalyse sowie verschiedene Szenarien für eine mögliche zukünftige Baulandentwicklung in Meerbusch vor. Die entsprechende Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen und sprechen verschiedene Aspekte des Konzeptes an.

Es besteht grundsätzliches Einvernehmen darüber, dass es sich bei der Empfehlungsvariante der Verwaltung um die Beste der vorgestellten Baulandentwicklungsvarianten handelt. Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die vorhandene Infrastruktur zukünftig erhalten bleiben muss. Die Einwohnerzahl von Meerbusch sollte aber nur in verträglicher Weise steigen, damit das Erscheinungsbild als „Stadt im Grünen“ erhalten bleibt.

Es folgt eine rege Diskussion über das Thema „bezahlbarer Wohnraum“, in welchem Ausmaß zukünftig öffentlich geförderter sowie „preisgedämpfter“ Wohnungsbau realisiert und welche Personengruppen hiervon angesprochen werden sollen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Stadt Meerbusch innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums 214 Sozialwohnungen realisieren konnte, was im Vergleich mit anderen Kommunen einen sehr guten Wert darstellt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion erhält von den anderen Fraktionen größtenteils Zustimmung. Es besteht Einigkeit darüber, dass ein Konzept zur Verkehrsplanung ein Baustein eines Wohnbaulandentwicklungskonzeptes sein sollte.

Der Technische Beigeordnete Assenmacher erläutert in diesem Zusammenhang, dass für 2018 die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes vorgesehen ist. In diesem Rahmen soll, um einen möglichen „worst-case“ abzudecken, die Maximalvariante für eine Wohnbaulandentwicklung untersucht werden.

Darüber hinaus wird von den einzelnen Fraktionsmitgliedern vorgeschlagen, ein Berichtswesen zur Evaluierung in das Konzept mit aufzunehmen sowie das Verhältnis von Einfamilienhäusern zu Mehr-

familienhäusern in den einzelnen Entwicklungsgebieten zunächst zu streichen und erst auf der Ebene der Bauleitplanung verbindlich festzuschreiben.

Ratsherr Peters beantragt eine Vertagung des Beschlusses. Alle Fraktionen stimmen dem zu.

1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0196/2018

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließen nachstehende Änderungen:

- 1) Seite 1 v. 10 Beschlussvorschlag Punkt 1
 - Streichung der Spalte Anteil Typ "Einfamilienhaus"

- 2) Seite 1 v. 10 Einfügen eines neuen Punktes 2
 - Handlungsfeld 1:
Bei der künftigen Siedlungsentwicklung sollen auf der Basis des Konzeptes zur aktiven Grundstückspolitik weitere Maßnahmen ergriffen werden:
 - Errichtung weiterer Sozialbauwohnungen,
 - Stärkung des preisgedämpften Neubaus von Miet- und Eigentumswohnungen,
 - Sicherung preisgünstiger Wohnungen im Bestand,
 - Schaffung von Wohnbauflächenreserven für sozialen und preisgedämpften Wohnungsneubau (siehe Vorlage: FB6/0621/2017 Aktive Grundstückspolitik zur Entwicklung von Siedlungsflächen).

 - Handlungsfeld 2:
Bei der künftigen Siedlungsentwicklung bedarf es folgender Maßnahmen:
 - Berücksichtigung kleiner und barrierefreier Wohnungen bei Neubauplanungen,
 - Umbau in altengerechte und inklusive Wohnungen bei Bestandsimmobilien,
 - Beratungsangebote zur Wohnraumanpassung,
 - Koordination von Bedarfen und Bauaktivitäten,
 - Anpassung des Betreuungs- und Unterstützungsangebotes für ältere Menschen.

 - Handlungsfeld 3:
Zur Versorgung dieser Zielgruppen mit geeignetem Wohnraum stehen folgende Aufgaben im Schwerpunkt:
 - Aktivierung vorhandener Flächenpotenziale zum Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern,
 - Unterstützung des Generationenwechsels im älteren Eigenheimbestand,
 - Bestandsanpassung älterer Eigenheimquartiere,
 - Schaffung der notwendigen Infrastruktur, insbesondere Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder.

 - Handlungsfeld 4:
Will man die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen stützen, bedarf es einer Unterstützung bei der
 - Moderation von Zielfindungsprozessen in Projektgruppen,
 - Unterstützung von Projektgruppen beim Erwerb geeigneter Flächen und Objekte,
 - verwaltungsinternen Koordination unterstützender Aktivitäten.

- Handlungsfeld 5:
Im Vordergrund bei der Aktivierung von Wohnungsbaureserven stehen folgende Aufgaben:
 - Erwerb kommunaler Wohnbauflächen bzw. Zwischenerwerb zur konzeptionellen Einflussnahme auf private Wohnbautätigkeit nach dem bereits beschlossenen Konzept
 - Aktive Grundstückspolitik,
 - Bewertung und Priorisierung der verfügbaren Flächenreserven,
 - Förderquotierung und Konzeptvergabe bei kommunalen Flächen,
 - verstärkte Mobilisierung von Flächen in der Innenentwicklung.

- 3) Seite 1 v. 10 aus dem jetzigen Punkt 2 wird ein neuer erweiterter Punkt 3
 - Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgenannten Baulandentwicklung insbesondere die Kindertagesstättenbedarfsplanung, die Schulentwicklungsplanung und die Verkehrsplanung fortzuschreiben. (...).

- 4) Einfügen eines neuen Punkt 4:
 - Die Verwaltung wird beauftragt, ein Berichtswesen zur Evaluierung zum Stand der Wohnraumentwicklung zu erstellen. In beiden Ausschüssen soll hierzu mindestens einmal im Jahr möglichst vor den Haushaltsberatungen berichtet werden.

Der Antrag der SPD - Fraktion ist im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 1 beraten und vertagt worden.

1.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0197/2018

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließen:

Auf städtischen Grundstücken sollen 20 % Neubauwohnungen, hier Miet- und Eigentumswohnungen, und 20 % Sozialwohnungen errichtet werden.

Der Antrag der UWG - Fraktion ist im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 1 beraten und vertagt worden.

2 Spielplatzkonzept 2030 Vorlage: SB11/0741/2018

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss sowie der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfehlen dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat, das Spielplatzkonzept 2030 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			2
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	0	2

Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			2
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt	12	0	2

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt in das Thema ein und berichtet, dass das Konzept bereits Gegenstand der Tagesordnungen der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 14.9.2016 und 10.5.2017 gewesen sei. Im Anschluss stellt Herr Betsch, das „Spielplatzkonzept 2030“ vor.

Herr Betsch stellt zunächst die Ziele des Konzeptes, die einzelnen Spielplatztypen sowie Bewertungskriterien vor und geht dann beispielhaft auf vorgeschlagene Maßnahmen der Verwaltung zu einzelnen Spielplätzen ein. Er betont, dass die Bürgerinnen und Bürger durch Bürgerbeteiligungen mit in die Planung einbezogen wurden und das vorgestellte Konzept die Ergebnisse der Beteiligungen beinhaltet. Die entsprechende Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nachfolgend beantwortet Herr Betsch Fragen aus den Reihen der Fraktionen zum Vortrag.

Alle Fraktionen stehen dem Konzept grundsätzlich positiv gegenüber und loben die Verwaltung für die gute Ausarbeitung und Darstellung. Besonders die durchgeführten Bürgerbeteiligungen sowie

die Beteiligung der Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschule werden positiv hervorgehoben.

Ratsherr Peters spricht sich für eine Beratung zunächst im Jugendhilfeausschuss aus.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erinnert daran, dass sehr viel Arbeit und Zeit das Spielplatzkonzept investiert wurde und der Bericht bereits zweimal im Ausschuss beraten worden sei. Sie bittet die Fraktionen, über die Beschlussvorlage abzustimmen, da das Konzept eine gute Grundlage für eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Planung, für die nächsten 5 Jahre sei. Dem pflichten die übrigen Fraktionen bei.

3 Verschiedenes

Unter Hinweis auf die IHK-Schriftenreihe von Januar 2018 teilt Ratsherr Peters mit, dass die IHK Mittlerer Niederrhein die Realisierung des Interkommunalen Gewerbegebietes Krefeld-Hafen fordere. Eine solche Aussage erkläre sich für ihn nicht.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt Prüfung und Bericht im Rat zu.

Ratsherr Rettig kritisiert in diesem Zusammenhang das Auftreten der IHK auf beim Thema Interkommunales Gewerbegebiet.

Ratsherr Becker kritisiert die Internetseite des „Meerbades“. Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine vorübergehende Seite handele, der Internetauftritt des ‚Meerbades‘ werde im Zusammenhang mit der Relaunche des städtischen Internetauftritts überarbeitet.

Ratsherr Focken kritisiert, dass der Jugendhilfe- und der Sozialausschuss vom „Bündnis für Kinderschutz“ aus den Medien erfahren habe, obwohl tags zuvor beide Ausschüsse gemeinsam getagt hätten. Er bittet die Verwaltung künftig eine verbesserte Information sicherzustellen.

Meerbusch, den 22. Februar 2018

Angelika Mielke-Westerlage

Werner Damblon

Lisanne Wilms
Schriftführer/in